

(A) (Abg. Dr. Dietel.)

als in den preußischen Regulativen das von Seminaren gefordert wurde. Wir wollen in der Gegenwart durch Einführung in die vergangene und gegenwärtige Kultur die Seminaristen zu denkenden Köpfen erziehen, wir wollen schärfen den Verstand, wir wollen schärfen das Vermögen zu urteilen; vor allem legen wir auch außerordentlich viel Wert auf die Gefühls- und Willensbildung.

(Sehr richtig!)

Aber etwas anderes ist es, was die Herren in ihrer Eingabe vor allem aussprechen wollen. Sie haben überdies die Eingabe nicht einmal offiziell beim Landtage eingereicht, sondern haben sie jedem einzelnen Abgeordneten zugeschickt. Sie wenden sich vor allem gegen die Prüfung der Pädagogen an der Universität. Sie möchten am liebsten, daß die Prüfungsordnung für Pädagogen wieder in die Kumpelkammer geworfen werde. Sie sind erbozt darüber, daß die Prüfungsordnung von 1912 in dieser dankenswerten und von den Seminarakademikern mit lebhafter Genugtuung begrüßten Weise erlassen worden ist; sie wollen, daß sie zurückgezogen oder womöglich verstümmelt werde. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, der Königl. Staatsregierung gerade den Dank für diese Verordnung auszusprechen, durch die den Pädagogen nun die Möglichkeit gegeben ist, Prüfungen unter genau denselben Bedingungen abzulegen wie die Lehrer an den höheren Schulen. Daß die Pädagogen befähigt sein werden auf Grund dieser Prüfungen, entsprechenden Unterricht zu geben, daß sie den Dank dafür dadurch zum Ausdruck bringen werden, daß sie sich bemühen, genau denselben Unterricht zu geben wie die Kollegen von der anderen Fakultät, wenn ich so sagen darf, das glaube ich mit gutem Gewissen hier aussprechen zu können.

Noch etwas wollen die Herren Petenten abgestellt wissen, was ihnen ein Dorn im Auge ist. Das hängt mit der pädagogischen Prüfung zusammen, daß nämlich hier und da ein paar studierte Seminaristen Einzug halten an Realschulen und Realgymnasien

(Zuruf rechts: 70 Prozent!)

(Berichterstatter Abg. Dr. Seyfert: Daher der hohe Stand der Realschulen!)

und vor allem an den höheren Mädchenschulen, was durch das Gesetz über höhere Mädchenschulen möglich ist. Das wollen die Herren nicht. Ich kann es ihnen schließlich nicht verdenken bei dem heutigen wirtschaftlichen Konkurrenzkampfe. Jeder wehrt sich seiner Haut. Damit komme ich zu dem Hauptgrund, aber unsichtbaren Grund, aus dem die Petition entstanden ist: es ist ein gewisser Brotneid, der aus der ganzen Petition spricht.

Damit komme ich zum Schlusse. Ich bitte Sie nur noch, unseren Anträgen, namentlich dem einen, der das Englische neben dem Französischen fordert, Ihre Zustimmung zu geben.

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abg. Uhlig.

**Abg. Uhlig:** Meine Herren! Ich darf mich mit einigen ganz kurzen Bemerkungen begnügen, nachdem sowohl im schriftlichen als im mündlichen Berichte und in der Debatte eine ganze große Reihe Gründe dafür angeführt worden sind, daß der von uns gestellte Antrag annehmbar ist und daß seine Annahme sogar notwendig ist.

Ich muß trotzdem über den Antrag eine Bemerkung machen gegenüber dem Herrn Abg. Opitz. Dieser hat — sicher besonders mit Bezug auf unseren Antrag — gemeint, daß es eine mißliche Sache sei, solche Anträge in der Schlußberatung zu stellen, weil man die Tragweite nicht übersehen könne, und daß man deswegen am besten tue, sie rundweg abzulehnen. Ich möchte nun darauf hinweisen, daß unser Antrag weiter nichts ist als eine Übernahme dessen, was Sie schriftlich im Berichte auf S. 7 finden. Da ich annehmen darf, daß der Herr Abg. Opitz diesen Bericht gelesen hat, glaube ich ihn darüber beruhigen zu dürfen, daß er den Antrag nicht unbesehen annehmen soll, und wenn seine Gründe ausreichen, um dem Antrage zuzustimmen, braucht er gar keine Bedenken zu tragen, weil er ja Zeit gehabt hat, den Antrag nach allen Seiten hin gründlich zu erwägen.

Ich muß auch von dem Gesichtspunkte aus erwarten, daß der Herr Abg. Opitz unserem Antrage zustimmt, weil er sachlich selbst betont hat, daß eine ganze Reihe von Gründen für den Antrag sprächen. Wenn der Antrag in der Deputation nicht angenommen und nun wieder aufgenommen worden ist, so liegt das an der Situation. Die Königl. Staatsregierung hatte erklärt, daß sie lieber das Gesetz zum Scheitern kommen lassen wolle als diesen Antrag annehmen. Aber bei genauer Erwägung der Sache muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Ziele, um die es sich handelt, doch viel zu groß und wichtig sind, als daß man der Gefahr des Scheiterns des Gesetzes wegen von dem absehen sollte, was im Antrage verlangt wird. Es wird mit dem Antrage bezweckt, das siebente Seminarjahr auszunützen, um der Lehrerbildung eine Grundlage zu geben, die nicht allein eine Auslese der tüchtigsten Elemente, sondern auch vertiefte Bildung derjenigen Schicht von Staatsbürgern gewährt, die einmal die Erzieher unserer Kinder sein sollen. Der Gesichtspunkt, das Erziehermaterial entsprechend vorzubereiten, ist ein so großer, daß er allein schon rechtfertigt, daß auf